

Nein Danke!

Die OberösterreicherInnen wurden im August 2006 im Auftrag von atomstopp_oberoesterreich durch das market-Institut zu ihrem Wunsch an die nächste Bundesregierung befragt. Ergebnis:

Errichtung und/oder Modernisierung von Atomkraftwerken. Österreich ist als Mitglied der Europäischen Union auch Mitglied bei EURATOM und zahlt kräftig mit: mehr als 40 Millionen Euro ge-

erfolglos! An den Versuchen Österreichs wird offensichtlich gezweifelt. Fehlt die Ernsthaftigkeit oder der Wille zur Umsetzung? Oder wird Österreich nicht ernst genommen?

85% DER OBERÖSTERREICHERINNEN WÜNSCHEN SICH DEN AUSSTIEG AUS DEM EURATOM-VERTRAG UND SOMIT DEN STOPP FÜR DIE ATOM-STEUERGELDER AUS ÖSTERREICH!



Der EURATOM-Vertrag aus dem Jahr 1957 ist die Grundlage für die Finanzierung von Atom-Forschungen und er ist ebenso die Grundlage für die Erteilung von Milliarden-Euro Krediten für die

hen aus Österreich jährlich in die europäische Atomindustrie. Tendenz steigend!

Denn mit dem 7. Rahmenforschungsprogramm der EU, das im Juli 2006 beschlossen wurde, werden von den EURATOM-Mitgliedern jährlich 550 Millionen Euro eingefordert. Wie hoch der Anteil Österreichs dabei sein wird, ist erst zu bestimmen.

österreich darf mitzahlen, aber wenig mitreden

Österreich hat mehrfach den Versuch unternommen, eine umfassende Reform des EURATOM-Vertrages durchzusetzen. Immer

österreichische schaukämpfe gegen die atomindustrie reine show?

Sie erinnern sich? Als im Juli 2006 die Verabschiedung des 7. Rahmenforschungsprogramms zur Debatte stand und die ressortzuständige österreichische Ministerin Gehrler drauf und dran war, der massiven Erhöhung der Mittel für die Atomforschung Tür und Tor zu öffnen, war der Aufschrei groß! Österreichs Politik legte sich dann – Kronenzeitung sei Dank! – kurz quer, schob weitere Verhandlungen vor, um unbemerkt in der journalistischen Saure Gurken Zeit, der Erhöhung der Mittel für die Atomforschung doch zuzustimmen ►

Editorial

rästelraten.

Kommt Ihnen auch manchmal vor, alles was mit Atomenergie zu tun hat, ist ein einziges, riesiges Rätsel? Sei es die Entscheidungen rund um EURATOM und auch der rätselhaften Frage, warum Österreich – deklariert Anti-Atom – jährlich zig Millionen Euro für die europäische Atomindustrie „spendiert“. Wirtschaftlich motiviert? Einigermaßen rätselhaft auch, aber polit-taktisch erklärlich, warum die österreichische Bundesregierung verdammt spät auf die nicht erfolgten Sicherheitsnachbesserungen im AKW Temelin reagiert und erst 2 Jahre nach Erteilung der atomrechtlichen Genehmigung mit einer Völkerrechtsklage droht.

Kein Rätsel hingegen: die Europäische Union setzt auf die Atomenergie, vom Kommissionspräsidenten Barroso abwärts, sekundiert von noch einflussreichen Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union. Und diese Unterstützung lässt man sich auch einiges kosten. Ungeachtet, dass die Mehrheit der EuropäerInnen gegen die Nutzung der Atomenergie ist.

Sie haben genug vom Rästelraten? Dann setzen Sie bei sich den „kleinen Atomausstieg“ um. Steigen Sie um auf einen ausgewiesenen Ökostromanbieter wie die oekostrom AG oder die Alpen-Adria-Naturstrom Vertriebs GmbH. Ein kleiner Schritt, für Sie persönlich. Mit enormer Wirkung. Denn nichts schmerzt die Atomstrom importierenden Energieversorger mehr, als verlorene Kunden. Diese Macht des einzelnen gilt es zu nutzen.

Viele Grüße
Roland Egger



ES REICHT! ÖSTERREICH MUSS AUS EURATOM AUSSTEIGEN!

und eilig zu versichern, „dass die Mittel ohnedies nur für die Sicherheit der AKWs verwendet werden“ (so ÖVP-Abgeordneter Fritz Grillitsch in einer Presseaussendung am 1. August 2006).

fruchtlose österreichische initiativen - EURATOM - revisionskonferenz

Trotz Ankündigung von ÖVP-Umweltminister Josef Pröll, die Anti-Atom-Haltung Österreichs während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft auf allen politischen Ebenen zu diskutieren und einzubringen (7.11.2005 via APA) ist hinsichtlich der Abhaltung einer EURATOM-Revisionskonferenz selbst die unverfängliche Diskussion über die Notwendigkeit und Sondierung der Möglichkeiten zum Erliegen gekommen. Nicht einmal das für Ende Juni 2006 anberaumte dreistündige Gespräch zu EURATOM konnte stattfinden.

Österreich hat zwar mit fünf anderen Staaten (Ungarn, Schweden, Deutschland und Irland) zur EU-Verfassung 2005 eine Erklärung abgegeben, in der festgehalten wird, dass die zentralen Bestimmungen des EURATOM-Vertrages seit seinem Inkrafttreten in ihrer Substanz nicht geändert worden sind und aktualisiert werden müssen und daher der Gedanke einer Regierungskonferenz, die so rasch wie möglich einberufen werden sollte, unterstützen.

diplomatisches geplänkel führt zu nullergebnis

Bei allem Verständnis für eine diplomatische Formulierung: Aber „so rasch als möglich“ ist bis zum heutigen Tag nicht eingetreten.

politikerInnen machen druck

Eine PolitikerInnen machen

schon seit längerem Druck. Landesrat Rudi Anschober (Grüne) hat es in seinem Regierungsprogramm (2003 – 2009) für die österreichische Regierungsbeteiligung schon fixiert: Sollte die EURATOM-Revisionskonferenz scheitern, muss Österreich aus EURATOM austreten.

Ulli Sima (SPÖ) – Presseaussendung am 3. August 2006 nach dem Störfall im schwedischen AKW Forsmark: „All diese Atomkraftwerke bedeuten eine enorme Gefahr für Mensch und Umwelt und die muss endlich abgestellt werden. Der Hebel dafür ist EURATOM; die völlig ungerechtfertigte einseitige Förderung der Atomenergie durch EU-Gelder. Alle Steuerzahler finanzieren die Atomkraft mit, sie wird einseitig subventioniert, ist gefährlich und hinterlässt auch unseren Nachkommen noch strahlende Gefahr durch die Abfälle und die völlig ungelöste Problematik der Endlagerung.“

Der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer – Presseaussendung am 19. Oktober 2006: Hofer spricht sich dafür aus, auf europäischer Ebene eine Agentur für Energieautonomie zu installieren statt weiterhin Milliarden Euro in Euratom zu stecken und damit die Renaissance der Atomenergie zu subventionieren.

BZÖ-Landtagsabgeordneter Josef Brunmair am 10. Feber 2004: Die Freiheitlichen halten an ihrem Ziel fest, europaweit den Ausstieg aus der Atomenergie zu erreichen. Euratom soll zu einer Atomenergie-Ausstiegs-Agentur werden. ■

Haben Sie gewusst, dass...

- > Österreich - trotz seinem **Nein** zur Nutzung der Atomenergie - **Mitglied bei EURATOM** ist?
- > EURATOM seit **50** Jahren die **Atomindustrie fördert**?
- > Und Österreich deshalb **zig Millionen Euro** jährlich für die Atomindustrie **zahlen muss**?

JETZT REICHT'S!

Österreich **muss** aus EURATOM **aussteigen!**

atomstopp_atomkraftfrei leben!

A-4020 Linz, Landstraße 31/2/223
Tel. +43 732 774275
E-mail: post@atomstopp.at
www.atomstopp.at

DEFORMIERTE BRENNSTÄBE ALS SICHERHEITSRISIKO!

funktion der steuerstäbe/ regelstäbe

Zur Steuerung/Regelung der Kettenreaktion im Atomreaktor werden neutronenabsorbierende Steuerstäbe/Regelstäbe eingesetzt, die zwischen die Brennstäbe eingeführt werden und im Fall eines Störfalls innerhalb von Sekunden die Kettenreaktion zum Erliegen bringen müssen. (siehe Abbildung unten)

Internationale Kriterien für die einwandfreie Funktionstüchtigkeit der Steuerstäbe/Regelstäbe und Grundvoraussetzung für den Betrieb von Atomkraftwerken sind: a.) die Fallzeit der Steuerstäbe (=Zeit, die der Steuerstab braucht, um eine definierte Wegstrecke zurückzulegen) und b.) Erreichen der Endposition (=vollständige Einführung des Steuerstabs/Regelstabs).

das problem in temelin

Alle Brennstäbe verformen und deformieren sich während des

Spaltprozesses. Das ist nicht ungewöhnlich und üblicherweise beim Betrieb eines AKW einkalkuliert. Das Problem in Temelin ist, dass sich die Brennstäbe überproportional verformen und die Steuerstäbe/Regelstäbe nicht mehr einwandfrei eingeführt werden können. Schon im November 2005 gab es erste Anzeichen dieses neuen Sicherheitsrisikos.

juni 2006

Im Juni 2006 musste aufgrund einer falschen Druckanzeige bei einer Kühlmittelpumpe Block I seine Leistung reduzieren. Dabei wurde festgestellt, dass a.) die Fallzeit bei einem Steuerstab überschritten wurde und b.) die Anzahl der Steuerstäbe, die die Endposition nicht mehr erreichen, stark angestiegen war. Von den 61 Steuerstäben/Regelstäben funktionierten zu diesem Zeitpunkt schon 51 nicht mehr einwandfrei!

konsequenz 1

Bei Block I wurde verfügt, dass

der jährlich stattfindende Brennstoffwechsel vorverlegt wird. Der Betreiber musste damit einen Produktionsausfall von 35% hinnehmen. Dass trotzdem in allen verfügbaren Medien (incl. der Internet-Seite des Temelin-Betreibers CEZ) von einer routinemäßigen und geplanten Abstellung gesprochen wurde, ist bedauerlich und das Gegenteil einer offenen Kommunikation.

konsequenz 2

Seit dem Neustart von Block I Mitte August 2006 ist festgesetzt, dass der Prüfturnus der Steuerstäbe nicht mehr zweimonatlich erfolgt, sondern jedes Monat zu erfolgen hat. Das ist unseres Wissens nach weltweit einzigartig. Somit muss der Reaktor jedes Monat für ein/zwei Tage vom Netz genommen werden. Aber auch das wurde nicht offensiv kommuniziert: Laut einer Meldung der tschechischen Presseagentur CTK vom 11. September 2006 sollte die nächste Kontrolle der Steuerstäbe erst im November 2006 erfolgen. Die Verwunderung über die neuerliche Abstellung und Kontrolle im Oktober 2006 war naturgemäß groß.

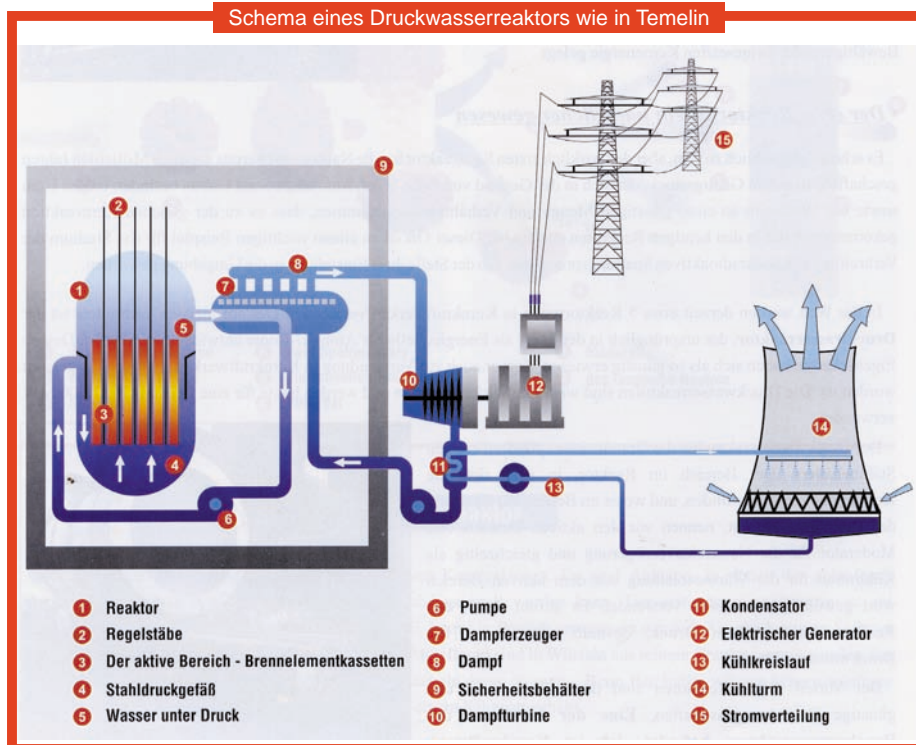
konsequenz 3

Am 2.11.2006 – 10 Tage nach dem geplanten Neustart von Block II – musste der Temelin-Betreiber eingestehen, dass wegen der anhaltenden Probleme mit deformierten Brennstäben und daraus resultierenden nicht ordnungsgemäß funktionierenden Steuerstäben, die Inbetriebnahme von Block II sich um unbestimmte Zeit verzögern wird.

konsequenz 4

Block 1 wird Anfang 2007 für 55 Tage für einen außerordentlichen Brennstoffaustausch außer ►

Schema eines Druckwasserreaktors wie in Temelin



ZUSAGEN DER POLITIK AUS DEM WAHLKAMPF 2006

(1) Straßensperre in Linz am 19.09.2006



(2) ÖVP Klubobmann Wilhelm Molterer



Betrieb sein. Geschätzter Verlust für den Temelin Betreiber CEZ: 21 Millionen Euro.

Ob sich der Dauereinsatz von atomstopp_oberoesterreich während des Wahlkampfes 2006 bezahlt machen wird, ist leider noch völlig ungewiss. Ambitioniert war der Einsatz auf alle Fälle und vom Willen getragen, Bewegung in die Causa Temelin zu bringen.

Die ÖVP ließ sich ungerührt viel Kritik und provokante Aktionen gefallen (u.a. eine Straßensperre in Linz während der ÖVP-Bundesparteiobmann W. Schüssel seinen Wahlkampfauftritt im Designcenter in Linz absolvierte (1) bzw. Konfrontationen von ÖVP-Klubobmann W. Molterer auf seiner Wahlkampftour durch das Untere Mühlviertel (2)). Letzten Endes meinte W. Schüssel bei einer Pressekon-

ferenz in Linz (19.9.2006), dass er die Position Österreichs wegen des Melker Prozesses und der Sicherheitsnachbesserungen im AKW Temelin machtvoll vertreten werde. Diese machtvolle Positionierung ließ er in den letzten sechs Jahren schmerzlich vermissen.

SPÖ (Übergabe des Transparents an Barbara Prammer beim SPÖ-Parteitag in Linz (3) bzw. Treffen mit Alfred Gusenbauer in Pregarten (4)) und die Grünen (Alexander Van der Bellen in Linz (5)) wurden STOP-Temelin-Transparente übergeben und ihnen das Versprechen abgerungen, sich vehement(er) gegen das AKW Temelin einzusetzen.

verpatzter temelin-entschließungsantrag

Ein kräftiges Lebenszeichen des ungebrochenen Temelin-Widerstands hätte es sein sollen, was am 10. Oktober beim Anti-Atom-Gipfel des Landes OÖ beschlossen wurde: ein Entschließungsantrag aller fünf Parteien, eingebracht bei der konstituierenden Nationalratssitzung am 30. Oktober durch die OÖ Spitzenkandidaten der SPÖ (Barbara Prammer), ÖVP ►

(3) SPÖ Nationalratspräsidentin B. Prammer



(4) SPÖ Bundesparteivorsitzender A. Gusenbauer



(Wilhelm Molterer), Grüne (Gabriela Moser), FPÖ (Lutz Weinzinger) und BZÖ (Ursula Haubner).

entschließungsantrag

Mit dem Entschließungsantrag sollte die Bundesregierung aufgefordert werden, noch vor der Kollaudierung des AKW Temelin den Nachweis der Umsetzung aller offenen Sicherheitsmaßnahmen einzufordern. Kann dieser Nachweis durch die Tschechische Republik nicht vor der Kollaudierung erbracht werden, wird die Bundesregierung aufgefordert, umgehend eine Völkerrechtsklage gegen die Tschechische Republik wegen Bruchs des zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Österreich geschlossenen internationalen und völkerrechtlich verbindlichen Vertrages (Melker Protokoll/Brüsseler Fassung) einzuleiten.

* * *

... övp würgt vorerst initiative aus oö ab

Selbst für Landeshauptmann Josef Pühringer unverständlich verweigert Wilhelm Molterer die

Zustimmung zum Entschließungsantrag. Ursula Haubner – Tage zuvor noch voller Elan und mehr Engagement von Umweltminister Pröll einfordernd – hält zum bisherigen Koalitionspartner. SPÖ, Grüne und FPÖ stehen zu ihrem Wort – nur: Nach der Weigerung der ÖVP und dem Umfaller des BZÖ wollen auch die Grünen den Antrag nicht mehr einbringen. Der Ausgang aus dem Temelin-Schlamassel erfährt damit eine schwer verdauliche Fortsetzung. Parteitaktik geht tatsächlich vor Sicherheitsdenken? Ohne Worte.

kollaudierung reißt bisherige polit-verweigerer aus lethargie

Beim tschechisch-österreichischen Treffen in Prag am 7. November fällt die Bemerkung wohl eher bei-läufig: Temelin ist kollaudiert und hat damit die endgültige Betriebs-genehmigung bereits am 3. No- vember erhalten.

Dass die offenen Sicherheitsfrage nach wie vor ungelöst sind, schert die tschechischen Behörden of- fensichtlich nicht. Ebenso wenig, dass mit Österreich im Melker Protokoll vereinbart wurde, dass vor Aufnahme des kommerziellen Betriebes alle Sicherheitsfragen gelöst sein müssen.

Mit der Kollaudierung ist Tschechien jedenfalls genau einen Schritt zu weit gegangen.

Der Ruf nach einer **VÖLKER- RECHTSKLAGE** als logische Konsequenz ist plötzlich partei- bergreifend unüberhörbar. Am 17. November wird deshalb auch der Temelin-Entschließungsantrag im Nationalrat eingebracht.

Weitere Protestaktionen sind ebenfalls **unausweichlich.** ■

(5) Grünen Bundessprecher A. Van der Bellen



KONZERT VON MIA. IM POSTHOF AM 14. JÄNNER 2007

Es gibt sie wirklich, die garantiert **atomstromfreien Energieversorger** – damit kann jeder seinen Beitrag zu einem atomkraftfreien Österreich leisten.



Die **oekostrom AG** (www.oekostrom.at) und die **AAE Naturstrom Vertriebs GmbH** (www.aae.at) sind die ersten Adressen, wenn es um Ökostrom geht. Die Kundenliste liest sich wie das „Who-is-who“ der Umweltschutz-

szene – ein Mehr an Werbung ist daher nicht nötig.

MIA. sind für ökostrom!

„Ich habe angefangen - Ich hab jetzt Ökostrom - Ich will mein Leben, weil es sonst ein anderer lebt“, singen MIA., auf ihrem Album „Stille Post“. Der Bandname „MIA.“ ist eine Anspielung auf den früheren Namen, der 1997 gegründeten Schulband, „Me In Affairs“. Im Laufe zahlreicher Konzerte und Tourneen auf der ganzen Welt kämpfte sich MIA. an die Spitze. Die Band entwickelte sich vom Elektropunk zum Pop, wobei die Band ein viel facettenreicheres Tonspektrum bietet.

Das Konzert von MIA. steht auch in der Reihe von „Klima Kultur - Kultur Klima“ Eine Veranstaltungsreihe des Klimabündnis OÖ, dem Land OÖ und dem OÖVV, die auf

KLIMABÜNDNIS
OBERÖSTERREICH

genussvolle Weise zeigt, dass klimafreundliches Handeln im Besonderen auch einen Mehrwert an Lebensqualität bringt. Dies beginnt beim biologischen, fairen Konsum der einfach besser schmeckt über das Beziehen von Ökostrom das uns vor einem neuen Super-Gau schützt, bis zum ethisch und ökologisch korrekten Veranlagen für eine „nachhaltige“ Rendite. ■

Klima || **Kultur**
Kultur || **Klima**

MIA. LIVE

im Linzer Posthof

14. Jänner 2007, 20 Uhr

5 x 2
Freikarten zu
gewinnen

Bedingung für die Freikarten: Sie müssen bereits KundIn der oekostrom AG sein. Die Karten werden an die ersten 5 InteressentInnen abgegeben, die sich per eMail (post@atomstopp.at) oder telefonisch (0732/774275) melden.

1 Jahr
Gratis-Strom
zu gewinnen

Ein Jahresstrombezug bis zu 3.500 kWh wird von der AAE Naturstrom Vertrieb GmbH gespendet; die Verlosung findet unter allen MIA.-KonzertbesucherInnen im Posthof statt.



AAE
naturenergie



oekostrom
Aktiengesellschaft

Termine
von atom-
stopp

K

Verein
gegen
Atomkraft

A

T

O

M

S

T

O

P

P

L

E

N

D

E

R

14. Jänner

MIA.-Konzert im Posthof „Ich hab jetzt Ökostrom!“
(atomstopp_oberoesterreich gemeinsam mit Klimabündnis OÖ)
Infostand von atomstopp, Freikarten gespendet von oekostrom AG, Gratis
Jahresstrombezug wird verlost (gespendet von Alpen-Adria
Naturstrom Vertriebs GmbH)

8. Februar, 18.00 Uhr

Generalversammlung atomstopp_atomkraftfrei leben! im Landeskultur-
zentrum Ursulinenhof - mit anschließendem Buffet
Persönliche Einladung Mitte Jänner 2007 an Mitglieder

2.-4. März

Energiesparmesse Wels
Infostand von atomstopp

8.-9. März

EU-Frühjahrgipfel in Brüssel
Aktion von Friends of the Earth Europe (FoEE) und weiteren
Anti-Atom-Organisationen u.a. atomstopp

17.-18. März

Wohlfühl- und Gesundheitsmesse in Pregarten
Infostand von atomstopp

23. März

Übergabe der Unterschriften der
Europäischen Petition in Brüssel an Energiekommissar Andris Piebalgs
atomstopp_Aktion gemeinsam mit den Initiatoren der Petition:
Sortir du nucleaire, WISE, Finnische Frauen gegen Atomkraft, FoEE

25. März

50. „Geburtstag“ von EURATOM

Laufend

Aktionen wegen AKW Temelin
Ankündigungen über Presse und persönliche Verständigung

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: atomstopp_atomkraftfrei leben!
Für den Inhalt verantwortlich: Roland Egger
Layout und grafische Umsetzung: Klemens Reinthaler
Redaktion: Landstraße 21/II/223, 4020 Linz
Tel: (0732) 774275 | Fax: (0732) 785602
Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at
eMail: post@atomstopp.at
Spendenkonto: OÖ Landesbank, BLZ 54000, KtoNr. 205377
Druck: Plöchl Druck GmbH, 4240 Freistadt
Zulassungsnummer: GZ 03Z034981M